

Rede des Vorsitzenden der Fraktion Freie Wähler / Piraten, Henning Rehse, zur Verabschiedung des Haushalts 2015/2016 in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 28. April 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wilhelm,
sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek,
sehr geehrte Frau Kämmerin Hötte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal freue ich mich, den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere dem Team um Frau Hötte, Dank zu sagen. Dank für eine hervorragende Unterstützung unserer Fraktion bei der Beratung des sicherlich schwierigen und für uns auch neuen Themas Doppelhaushalt 2015/2016.

Wie ich bereits bei den letzten Etatreden ausgeführt habe: Die Verwaltung und ihre Arbeit fallen nach unserem Urteil einmal mehr in die Abteilung „außerordentlich positiv“. Dem gibt es nicht hinzuzufügen. Der erste Haushalt „unter“ der Großen Koalition: Fleißig waren Sie, meine Damen und Herren von der CDU und SPD! 45 Anträge zum Haushalt, das kann sich quantitativ schon sehen lassen. 17 „CDU-geführte“ Anträge, 28 „SPD-geführte“ Anträge, Respekt, Respekt! Wobei der Aktivismus der CDU durchaus nachvollziehbar ist, hat sie doch als langjährige Oppositionspartei schon einen enormen Nachholbedarf.

Etwas spitz darf man aber sicherlich auch die Frage stellen, warum die SPD ihre 28 „guten Taten“ nicht bereits in der vergangenen Wahlperiode schon zu Papier gebracht hat, als sie größter Teil der Gestaltungsmehrheit aus gemeinsam mit GRÜNEN und FDP war? Hat da wer was verschlafen? Aber Spaß beiseite: Viele Anträge der großen Koalition geben durchaus zum Nachdenken Anlass, auch zum durchaus positiven Begleiten dieser Anträge, wie die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN in den Fachausschusssitzungen auch durch ihr Abstimmungsverhalten zum Ausdruck gebracht hat, weil gute Ansätze erkennbar bzw. vermutbar sind. Man erkennt bei manchen der Anträge die Intention, umsteuern zu wollen, Kosten-Nutzen-Relationen zu verbessern, Synergieeffekte zu heben. Aus diesem Grund hat meine Fraktion in Ergänzung der Anträge die Anfrage gestellt, welche Kosten bzw. Einsparungen aus den jeweiligen Anträgen resultieren könnten. Leider ist dies ohne teilweise intensive Vor- und Detailarbeiten am Thema meistens nicht quantifizierbar.

Letztendlich konnte aber die Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse berücksichtigend festgestellt werden, dass die dortigen Beschlüsse die Haushalte 2015 und 2016 mit ca. 2,3 bzw. 2,4 Mio. € zusätzlich belasten. Man könnte jetzt sagen, dass diese kleiner 0,1% eines Gesamthaushalts von über 3,7 Mrd. € unter „Peanuts“ zu verbuchen sind, könnte man, ja wenn da nicht eine einzige Position von allein 2,0 Mio. €

in diesem Betrag verborgen wäre: der Notfalltopf Inklusion. Sicherlich steht für alle von uns die Inklusion auf Priorität eins der Aufgaben, mit denen wir uns als LVR zu beschäftigen haben. Wir tun dies bereits heute auf hohem Niveau, wie auch die von der Verwaltung zusammengetragenen Zahlen eindrucksvoll belegen: mehr als eine halbe Milliarde Euro geben wir jedes Jahr für Leistungen im Zuge der Inklusion aus. Da mutet ein „Notfalltopf-Inklusion“ wie ein Feuerlöschteich auf einem Kreuzfahrtschiff an. Niemand wird dagegen sein, sich Notfällen im Bereich der Inklusion anzunehmen und Hilfe zu gewähren; nur konnte im Fachausschuss niemand der Antragsteller auf mehrfaches Nachfragen einmal konkret benennen, für welche hypothetischen Notfälle der Topf denn sein sollte. Konkret benannte Fällen aus der Vergangenheit wurden nämlich durch ohnehin vorhandene „Töpfe“ innerhalb der besagten mehr als halben Milliarde stets abgedeckt.

Insofern bleibt der schale Beigeschmack, dass es sich bei den beantragten 2 Mio. € weniger um einen „Notfalltopf Inklusion“ als um den „Spielgeldtopf“ der Großen Koalition handelt. Daher sagt die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN Nein zu diesem Topf! Auch die von den FREIEN WÄHLERN / PIRATEN abgelehnte Ausweitung der Dezernatsstruktur belastet den Haushalt. Die GROKO hielt es wie auch bei manch anderen merkwürdigen Mehrheitsentscheidungen nicht einmal für nötig, der Minderheit Fragen zu beantworten bzw. gar in eine Diskussion einzusteigen.

Die Merkel'sche mit hängenden Mundwinkel verkündete Alternativlosigkeit gepaart mit Gerhard Schröders „basta“ mögen hier dem Verhalten der GROKO Pate gestanden haben. Zu einigen Merkwürdigkeiten bei den Haushaltsberatungen allgemein und dem Verwalten der GROKO im Besonderen möchte ich Stellung nehmen: Mit großer Verwunderung haben wir die Stellungnahme der GROKO im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 17.04.2015 zur Kenntnis genommen, unser Antrag zur Umstellung auf Open Source sei bereits seit 10 Jahren in der Umsetzung. Meine Damen und Herren, die Endgeräte der ca. 15.000 Mitarbeiter laufen nach wie vor mit dem Microsoft Betriebssystem Windows und nutzen Microsoft Office Produkte, die jährlich Lizenzkosten in Millionenhöhe verursachen. Diesen Umstand hat die GROKO bestritten, ja sie behauptete gar, der Geschäftsführer der InfoKom habe mitgeteilt, es sei hier bereits auf Lizenzfreie OpenSource Software umgestellt worden. Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass Microsoft Produkte lizenzfrei sind und zudem OpenSource darstellen, dem kann die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN nur eines zurufen: IHR BETRIEBSSYSTEM BRAUCHT EIN UPDATE!!!!

Nicht nur die GROKO war fleißig, auch die anderen Fraktionen des Hauses haben sich Gedanken gemacht und gute und fundierte Anträge vorgelegt. Der GROKO fielen dazu aber nur stereotype Reaktionen ein: entweder wurden Anträge abgelehnt nachdem sich schlichtweg unter eigenem Logo gecoovert wurden oder es wurden formale Gründe geäußert, warum man sie hier und jetzt gerade nicht berät weil zu spät oder falsch adressiert, um die dann im nächsten Ausschuss genau wieder dorthin zu schieben, woher sie gerade kamen. Gut begründete Anträge der FDP ohne Beratung in Finanzausschuss geschoben, wurden dort dann ohne weitere Begründung einfach abgelehnt... Souveränität sieht anders aus, kollegiales Verhalten auch und die sacherechte Behandlung von Anträgen erst recht, liebe Kolleginnen und Kollegen der GROKO! Wir FREIE WÄHLER / PIRATEN mussten uns dann sogar noch Kritik dafür anhören, dass wir besagte Anfrage gestellt haben, in der um eine Abschätzung der Kosten und möglichen Einsparungen der jeweiligen Anträge gebeten wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie eigentlich Haushaltsplanberatungen allein auf der Basis von Eingebungen, Ideen und Textbeiträgen durchführen? Der Haushalt hat etwas mit Geld zu tun und die Menge des Geldes wird nun

einmal in Zahlen dargestellt. Wir haben aus der Beantwortung der Anfrage gelernt, dass die Ideen der GROKO die Haushalte 2015 und 2016 mit ca. 2,3 bzw. 2,4 Mio. € zusätzlich belasten; das ist aber nur die Summe der Beträge, die sich die Verwaltung in der Lage sah zu quantifizieren – und das war nur für den kleinsten Teil der Anträge möglich. Da kommt also noch eine größere Summe dazu und mögliche Einsparereffekte stehen noch völlig in den Sternen. Und dann die Kritik an und Ablehnung unseres Antrags zur Beibehaltung des Umlagesatzes für 2015 und moderaten Erhöhung für 2016: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich drei stichhaltige Argumente für unseren Antrag nennen: Erstens: Es kann genau beziffert werden, um welche Beträge es sich handelt. Zweitens: Wir nehmen kontrolliert und einmalig Änderungen auf der Einnahmenseite vor, die jederzeit überprüf- und steuerbar sind. Das sind, wie die Beantwortung unserer Anfrage gezeigt hat, Änderungen auf der Ausgabeseite nicht; zudem wirken sie meistens über Jahre wenn nicht sogar für die Ewigkeit. Drittens: Unser Antrag ist seriös darstellbar und stellt die größtmögliche Einhaltung und Umsetzung des Rücksichtnahmegebots innerhalb der kommunalen Familie dar. Im Vergleich der kommunalen Familie steht der LVR relativ gut da und das nicht nur, weil er ein Umlageverband ist, sondern weil er auch seit Jahren eine gute Haushaltswirtschaft betreibt: Schulden wurden zurück geführt. Risikoreiche Fremdwährungsgeschäfte wurden nicht getätigt. Kassenkredite gibt es faktisch nicht.

Insofern hat sich die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN sich die Grunddaten des Haushalts genau angeschaut, um Spielräume zu finden, die Gebietskörperschaften hinsichtlich der Umlage nach Prozentpunkten in 2015 nicht weiter zu belasten und für 2016 nur eine äußerst moderate Erhöhung durchzuführen. Die Erhöhung der Umlage von 16,5 auf 16,7%-Punkte bedeutet real unter Berücksichtigung der finanziellen Eckdaten ein Plus von 130 Mio. € für den LVR gegenüber 2014. 0,1%-Punkte entsprechen ca. 15 Mio. €. Die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN ist nach eingehender Prüfung der Zahlen, Rahmenbedingungen und Prognosen zu dem Ergebnis gekommen, dass bei seriöser Betrachtung der Fakten der Haushalt 2015 Spielraum gibt, die Umlage mit 16,5%Punkten konstant zu halten und die Umlage für 2016 moderat auf 16,55%-Punkte anzuheben. Daher hat sie den entsprechenden Antrag in die Gremien eingebracht. Die schwierige finanzielle Situation der kommunalen Familie wie in allen Einwendungen zum Haushalt geschildert, das Gebot der Rücksichtnahme auf die Gebietskörperschaften wie auch die sich bietende Chance aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 heraus gebieten es diesen Schritt zu gehen. Wir haben Sie daher inständig um Zustimmung zu unserem Antrag gebeten, die Sie leider mehrheitlich verweigert haben. Schade um diese Chance, schade für die kommunale Familie!

Ein Mix aus den positiven Jahresergebnissen 2013 und 2014, die die Ausgleichsrücklage auffüllen und stabilisieren, der Verbesserung des Eigenkapitals durch die in die Ausgleichsrücklage gebuchte Bedarfsumlage zum ELAG, den positiven Ergebnissen aus den Veränderungsnachweisen, der vorläufigen Haushaltsführung wie auch der Fortsetzung und weiteren Intensivierung der Konsolidierung, Prozessoptimierungen und Wirtschaftlichkeitsanalysen sind eine belastbare Grundlage für eine Umlage in 2015 von 16,5 und 16,55% in 2016.

Ich komme zum Schluss:

1. Die Verwaltung hat mit den Änderungsnachweisen einen Haushalt vorgelegt, der die Beibehaltung der Umlage für 2015 auf 16,5%-Punkten seriös möglich macht.
2. Für 2016 ist der Haushalt mit einer moderaten Anhebung der Umlage auf 16,55%-Punkte darstellbar.

3. Die Mehrheit verschließt sich diesen Gedanken, beschließt im Gegenzug jedoch zusätzliche umlagererelevante Ausgaben in Millionenhöhe.

Die Fraktion FREIE WÄHLER / DEINE FREUNDE hat im Rahmen der vorherigen Etatberatungen stets deutlich gemacht, dass wir uns als Vertreter der Gebietskörperschaften, die uns in die Landschaftsversammlung gewählt haben, verstehen. Das gilt auch für die Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN. Wir haben die angespannte finanzielle Situation der Kommunen stets im Blick. Insofern werden wir heute, da unser zentraler Antrag auf Beibehaltung der Umlage für 2015 keine Mehrheit gefunden hat, den Doppelhaushalt 2015/2016, seine Anlagen und den Stellenplan konsequenterweise ablehnen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!